

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Alsterbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft: Schriftleitung: Dresden-21, Alsterbühnenstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 14. November 1928 Nummer 266

Neue Provokation der Ruhrindustriellen

Unternehmer verlangen Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen / Wiffells Offerte an die Stahlkönige

Nachdem das kapitalistische Arbeitsgericht in Duisburg den Standpunkt der Eisenindustriellen gedeckt hat, unternehmen die Scharmacher, noch ermutigt durch die bisherige feige Handlungsweise der reformistischen Gewerkschaftsführer, einen neuen ungeheuerlichen Versuch gegen die ausgesperrten Metallarbeiter an Rhein und Ruhr. Zu den heute vormittag begonnenen Vermittlungsverhandlungen in Düsseldorf unter Leitung des dortigen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann läßt sich nämlich die Boff. Ztg. folgendes melden:

„Von dem Ergebnis der Besprechungen hängt es ab, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Konflikt wenigstens soweit beizulegen, daß die Arbeit in den Betrieben vorläufig unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird. (...) In beteiligten Kreisen glaubt man, daß die Arbeitgeber eine Aufhebung des Aussperrungsbeschlusses werden nicht umgehen können. Die Gewerkschaften würden in diesem Falle ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern (...), weil durch das Urteil der ersten Instanz ein Streitobjekt zunächst nicht mehr vorhanden ist“ (...).

Der sicher gut informierte Berichterstatter der Boff. Ztg. sagt also klar, daß die Gewerkschaftsführer bereit sind, ihre Mitglieder auch zu den alten Bedingungen wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Und weil die Unternehmer dies genau wissen, deshalb glauben sie mit aller Brutalität den ausgesperrten Arbeitern ihren Machtwillen aufzubieten zu können. Die Boff. Ztg. erlaubt sich deshalb auch, im Zusammenhang mit der obigen Meldung folgenden Arbeitgebervorschlag mitzuteilen, den sie angeblich von einem rheinischen Unternehmer zur Beilegung des Konfliktes und zur sofortigen Wiederherstellung des Arbeitsfriedens erhalten haben will. Hinter diesem beispiellosen Treiben Unternehmervorschlag stehen zweifellos die gesamten Unternehmer. Er lautet:

1. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen;
2. die Verhandlungen werden sofort wieder aufgenommen und längstens bis Ende Januar zu Ende geführt;
3. für die Zeit, bis die Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben, gilt je zur Hälfte das bisherige und das neu zu vereinbarende Abkommen (...);
4. da es sich nur um wirtschaftliche Fragen handelt, verzichten beide Parteien darauf, ihre derzeitigen vermeintlichen Rechtsansprüche weiter zu verfolgen.“

Daß diese Meldung der Boffischen Zeitung von gestern abend nicht aus der Luft gegriffen, sondern glatte Wahrheit ist, ergibt sich aus dem Schlußsatz der Rede, die der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffell im Reichstag gehalten hat. Wiffell sagte: „Ich glaube, die Einigung ist möglich und beschädet der grundsätzlichen Ausprägung der Rechtslage. Ich glaube, es würde in der Tat am besten sein, daß man sich über die Wiederaufnahme der Arbeit einigt und die Betriebe öffnet, ohne daß die Dinge jetzt bis zum Äußersten zugespitzt werden. Die rechtliche Entscheidung wird dann folgen.“

Die Forderung der Eisenindustriellen bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die vollständige Kapitulation der Arbeiter. Dieser Kapitulationsvorschlag

Dresdner Straßenbahner solidarisch mit dem Ruhrproletariat

Die am 13. 11. 1928 stattgefundene Belegschaftsversammlung des Werkstattpersonals der Städtischen Straßenbahn Dresden, Bahnhof Trachenberge, spricht den kämpfenden Metallarbeitern des Ruhrgebiets ihre volle Sympathie in ihrem Kampfe aus.

Sie erkennt gerade aus diesem Kampfe, daß Schlichtungsordnung und Arbeitsgerichte nur Einrichtungen des kapitalistischen Staates gegen die Arbeiter sind. Nicht durch Wirtschaftsdemokratie, sondern durch Anwendung aller Kampfmittel unter Zusammenfassung aller Arbeiter durch Vertiefung des Kampfes unter Führung betrieblicher Kampfleitungen wird der Sieg gewährleistet.

Der Kampf der Ruhrarbeiter ist nicht nur ein Kampf der Ruhrarbeiter selbst, sondern eine Angelegenheit des gesamten internationalen revolutionären Proletariats. Der Kampf der Ruhrarbeiter ist ein politischer Kampf gegen das internationale Kapital, ihre Niederlage aber eine Niederlage des internationalen Proletariats, ihr Sieg ein politischer Sieg. Der Kampf der Ruhrarbeiter muß durchgeschlagen werden bis zum Sieg, und zwar durch rücksichtslosen Klassenkampf.

Hoch die Solidarität!
Nieder mit den Kapitalisten!

aber ist bereits am Tage vorher im Reichstag in der Rede des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wiffell mit schamloser Offenheit gemacht worden. Nichts zeigt deutlicher, wie sehr die sozialdemokratischen Koalitionsminister bereits direkt die Politik der Unter-

nehmer von sich aus gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. Nach 1 1/2 monatiger Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen sollen die Ruhrproleten gnädigst einige Pfennige Lohnerhöhung erhalten, über die der Sozialdemokrat Bergemann bereits mit den Unternehmern fuhhandelt.

Diese Provokation der Unternehmer mit Unterstützung der Koalitionsregierung wird genau das Gegenteil von dem erreichen, was die Unternehmer damit bezwecken.

Die ausgesperrten Arbeiter müssen und werden jetzt erst recht, und entschlossener als je vorher, die Front gegen den Verrat ihrer Interessen und für den Sieg ihrer Forderungen aufrichten. In allen Betrieben, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, müssen Kampfleitungen gewählt und unter Führung derselben jeder Verrat der Gewerkschaftsführer zurückgewiesen und der rücksichtslose Kampf zum Sieg der Metallarbeiter organisiert werden.

Der Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft sind die Metallarbeiter an Rhein und Ruhr in ihrem schweren Kampfe sicher.

32 statt 9 Millionen für den Panzerkreuzer!

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.)

In den Abendstunden wurde aus der Denkschrift Groeners, die er dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern des Reichstages zugestellt hat, bekannt,

daß bereits Bestellungen von 32 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers ausgegeben wurden, obwohl bisher nur 9 Millionen für den Bau überhaupt bewilligt worden sind.

Auf Grund dieser Tatsache fordert die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einderung des Reichstages, um eine Umstellung der Tagesordnung und sofortige Behandlung dieses verwerflichen Hebergriffes des Reichswehrministers im Plenum des Reichstages zu erzwingen. Der Reichsterrat tritt heute vormittag zusammen.

Bantrotte Demagogie der Panzerkreuzer-SPD

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern mittag wurde der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller von Hindenburg empfangen. Hindenburg übermittelte Hermann Müller die Wünsche des Reichswehrministers Groener hinsichtlich des Panzerkreuzers.

antrages der SPD, der in den nächsten Reichstagsfraktionen zur Beratung steht. Groener hat sowohl in einer Besprechung mit Hindenburg wie in einer Denkschrift, die dem Reichspräsidenten sowie den Mitgliedern des Reichstages zugestellt wurde, zum Ausdruck gebracht, daß er im Falle einer Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zurücktreten werde. Groener hat Hindenburg ferner mitgeteilt, daß er bei der Abstimmung im Plenum darauf bestünde, daß Hermann Müller nicht für den Antrag seiner Fraktion stimme, sondern sich der Stimme enthalte. Sollte der Reichskanzler trotzdem seine Stimme abgeben, so erklärte Groener auch in diesem Falle seinen Rücktritt durchzuführen zu wollen. Hindenburg eröffnete Hermann Müller, daß er den Standpunkt des Reichswehrministers vollständig teile.

Der „Vorwärts“ findet die vom Reichswehrminister Groener getätigten Bestellungen für den Bau des Panzerkreuzers von 32 Millionen Mark auf Grund des § 24 der Reichshaushaltsordnung „formell juristisch“ für richtig.

Groener und Hindenburg bestanden auf dem Panzerkreuzer. Hermann Müller muß parlieren. Den sozialdemokratischen Arbeitern wird dabei handgreiflich dokumentiert, wohin die jämmerliche und verräterische Koalitionspolitik der SPD geführt hat.

Die entscheidende Phase des Ruhrkampfes

Nach dem Duisburger Urteil

Das Duisburger Arbeitsgericht hat auf Antrag der Unternehmer entschieden, daß der verbindlich erklärte Schiedsspruch für die Hüttenindustrie rechtsunwirksam ist, das heißt, er stellt keinen neuen Tarifvertrag dar. Da die Unternehmer eine Entscheidung in diesem Sinne gefordert haben, ist es ja nur selbstverständlich, daß sie von einem Gericht der kapitalistischen Regierung so gefällt wurde. Ein kapitalistisches Gericht kann wohl einmal gegen einen einzelnen Unternehmer entscheiden, niemals aber gegen das Unternehmertum, wenn es sich um das Gesamtinteresse der kapitalistischen Klasse handelt.

Da die Rechtsfrage in einem solchen gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit absolut bedeutungslos ist, wäre auch die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichtes bedeutungslos, wenn nicht die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihr Betrugsmanöver ganz auf das Versprechen gegründet hätten, daß dieser Staat die Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches erzwingen werde. Nun ist das sozialdemokratische Betrugsmanöver zusammengebrochen. Der kritische Moment ist da.

Denn jetzt, da die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer keinem Metallarbeiter mit der Zumutung kommen dürfen, daß er sich mit seinen Forderungen in den Grenzen des Schiedsschiedsspruches halten müsse, werden immer größere Massen die Forderung der gewerkschaftlichen Opposition - 15 Pfennig Lohnerhöhung und Achtstundentag mit Lohnausgleich - aufnehmen. Vor dieser anwachsenden Lamine fürchten sich die Reformisten, und die sozialdemokratischen Führer werden alles versuchen, um den Kampf um jeden Preis so rasch wie möglich abzuwürgen. Schon sind Verhandlungen eingeleitet. Die Unternehmer sprechen offen ihre Bedingungen aus: Lohn-

zulage, wie sie sie diktieren, und keine Durchführung des Achtstundentages.

Die Unternehmer fühlen sich jetzt stark genug, zu diktieren. Sie können die Drohung mit der Deckung der Betriebe zu den alten Bedingungen als Druckmittel benutzen. Diese Drohung ist geeignet, das letzte schwächliche Sträuben der sozialdemokratischen Führer zu überwinden. Denn die Unternehmer hegen die Hoffnung, daß jetzt infolge des Zusammenbruches des sozialdemokratischen Lügenmanövers große Massen der ausgesperrten so enttäuscht und demoralisiert sind, daß sie bereit wären, zu den alten Bedingungen in den Betrieb zu gehen.

Diese Rechnung der Unternehmer könnte stimmen, wenn nicht die gewerkschaftliche Opposition da wäre, und wenn sie nicht ihre Arbeit geleistet hätte.

Die gewerkschaftliche Opposition hat neben dem verbindlichen Schiedsspruch als Kampfziel betrachtet, sondern hat die ursprünglichen Forderungen der Metallarbeiter hochgehalten. Die gewerkschaftliche Opposition hat gewählt, daß das reformistische Schiedsmanöver zusammenbrechen mußte. Jetzt ruft die Opposition alle ausgesperrten auf, dem beabsichtigten Verrat Widerstand zu leisten, vor den Betrieben Streikposten zu stehen und bis zur Erfüllung der Arbeiterforderungen geschlossen weiterzukämpfen.

Die gewerkschaftliche Opposition wird alle Kräfte einsetzen, um zu erreichen, daß die Kampffront der Arbeiter heftig, auch wenn Unternehmer und Reformisten zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrufen. Doch kann nicht verschwiegen werden, daß der Kampf in eine überaus kritische Phase eingetreten ist. Das aktive Eingreifen der Gesamtarbeiterschaft ist nötiger als je.

Klarer als je ist auch zu sehen, daß es sich um eine Schlacht zwischen Kapital und Arbeit handelt, die alle